

Arbeit für die Bauindustrie 24.08.2011



TRIPOLIS/BENGHASI/BERLIN (Eigener Bericht) - Entschlossen nehmen deutsche Konzerne den neu entbrennenden Kampf um Rohstoffe und Geschäftsanteile in Libyen auf. Nach der Übernahme der Macht in Tripolis würden sich die Aufständischen sicherlich "bei den Siegermächten bedanken" wollen, warnen Wirtschaftskreise. Aufgrund der Nichtteilnahme Berlins am Luftkrieg gegen Libyen fürchte man Nachteile und setze darauf, dass die bisherigen Verträge "weiter gültig" seien. Kontakte zu den Aufständischen bestehen längst. Angesichts der Kriegsschäden gebe es "für die Bauindustrie einiges zu verdienen", heißt es zur Verdeutlichung der Geschäftsinteressen, die auch außerhalb des dominierenden Erdölsektors bestehen. Berlin unterstützt die Bemühungen deutscher Firmen, indem es finanzielle Hilfen für das zukünftige libysche Regime in Aussicht stellt. Auch einen Einsatz der Bundeswehr könne man sich vorstellen, um neue Unruhen zu unterbinden, ist zu hören. Im Schatten der Kämpfe um Einfluss und Profit warnen Beobachter, Libyen sei nach der westlichen Intervention wegen der diffusen Orientierungen unter den Aufständischen vom Zerfall und vom Sturz in blutiges Chaos bedroht - wie einst der Irak. Davon abgesehen habe der Westen jedoch freiere Bahn in Afrika als zuvor, da Gaddafi, der sich für afrikanische Interessen eingesetzt habe, nun ausgeschaltet sei.

Geschätzte Geschäftspartner

Nach der Einnahme von Tripolis durch die Aufständischen ist der Kampf um Rohstoffe und Geschäftsanteile in Libyen neu entbrannt. Dabei fürchten deutsche Konzerne, gegenüber Firmen aus Frankreich, Großbritannien und den USA ins Hintertreffen zu geraten. Die Streitkräfte dieser drei Staaten hatten den Luftkrieg gegen Tripolis angeführt; dies werde sich nun in wirtschaftliche Vorteile verwandeln, urteilt der Geschäftsführer des Außenwirtschaftsverbandes "Afrika-Verein", Hans Meier-Ewert: "Selbstverständlich wird man sich bei den Siegermächten etwas bedanken wollen." [1] In der Tat haben die Aufständischen bereits angekündigt, beispielsweise Lizenzen zur Rohstoffförderung und Großaufträge eventuell neu zu vergeben. Beruhten diese auf "Korruption", dann müssten sie annulliert und wieder ausgeschrieben werden, verlautbart der Übergangsrat. Bei deutschen Firmen ruft das Sorgen hervor. "Wir bauen darauf, dass die Verträge weiter gültig sind", erklärt eine Sprecherin des Energiekonzerns RWE Dea. [2] Der Afrika-Verein hat schon Ende Juli mit 20 deutschen Unternehmensvertretern Benghazi besucht und sich dort bei Mitgliedern des Übergangsrats in diesem Sinne eingesetzt. Der Einflusskampf sei keineswegs aussichtslos, äußert der Vorsitzende des Afrika-Vereins, Meier-Ewert: Deutsche Technologie habe "in Libyen einen erstklassigen Ruf. Wir sind als Geschäftspartner extrem geschätzt." [3]

Firmeninteresse

Im Zentrum der deutschen Wirtschaftsinteressen steht dabei nach wie vor das Erdöl. Libyen war jahrzehntelang der größte, zuletzt immerhin noch der zweitgrößte deutsche Öllieferant außerhalb Europas; mehr als ein Zehntel ihrer Ölimporte bezog die Bundesrepublik von dort. [4] Libyen galt als außerordentlich zuverlässig - selbst die schwersten politischen Krisen hatten den Ölhandel nie beeinträchtigt. Vor allem die BASF-Tochter Wintershall und zuletzt auch RWE Dea waren in dem Land aktiv. Wintershall bezog mehr als 70 Prozent seines Erdöls aus Libyen, über 100.000 Barrel pro Tag. Es werde zwei bis drei Jahre dauern, bis man die Erdölförderung wieder auf das einstige Niveau heben könne, erklären Experten. Immerhin seien dank der umsichtigen Kriegführung der NATO die meisten Anlagen auch deutscher Firmen völlig intakt, heißt es beim Afrika-Verein. An der Zielauswahl ("Targeting") für den Luftkrieg konnten sich in den Einsatzzentralen der NATO auch deutsche Militärs beteiligen. Ansonsten sind die Kriegsschäden erheblich. Deutsche Medien erklären ausdrücklich: "Für die Bauindustrie gibt es einiges zu verdienen." [5] Der "Bereichsleiter Internationales" beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) spricht von Chancen beim Ausbau der Infrastruktur: "Das Interesse deutscher Firmen ist (...) da." [6]

Stützungsmaßnahmen

Berlin unterstützt die Bemühungen deutscher Unternehmen zunächst mit Hilfszusagen finanzieller Art. Kaum ins Gewicht fallen dabei die sieben Millionen Euro für den Ausbau der Wasser- und der Energieversorgung, die der deutsche

Entwicklungsminister Benghasi schon im Juni versprach. Die Bundesregierung hat dem Übergangsrat inzwischen ein Darlehen von 100 Millionen Euro gewährt. In einem nächsten Schritt müsse es darum gehen, die Gelder, die Muammar al Gaddafi und sein Clan auf ausländischen Bankkonten geparkt hätten, zu enteignen und dem neuen libyschen Regime zu übertragen, erklärt der deutsche Außenminister. Dazu sei ein Beschluss des UN-Sicherheitsrates unumgänglich. Allein die Bundesrepublik könne den Aufständischen auf diese Weise über sieben Milliarden Euro verschaffen, heißt es in Berlin. Ergänzend spekulieren Regierungsmitglieder, die Bundeswehr könne zur Stabilisierung des neuen Regimes nach Libyen entsandt werden. Dabei geht es Berlin darum, möglichst rasch den Einflussverlust auszugleichen, der durch die Nichtbeteiligung am Luftkrieg der NATO entstanden ist. Zum selben Zweck kündigte der Außenminister inzwischen auch an, den Aufbau von Justiz, Verwaltung und Medien zu unterstützen. Des Weiteren ist ein Ausbildungseinsatz deutscher Polizisten in Libyen im Gespräch.

So etwas wie Demokratie

Im Schatten der Kämpfe um Einfluss und Profit warnen Beobachter, Libyen sei nach der westlichen Intervention vom Sturz in blutiges Chaos bedroht - wie einst der Irak. Auf den Übergangsrat komme "große Verantwortung zu, damit es nicht wie im Irak nach dem Sturz von Saddam Hussein zu Chaos, Anarchie und Bürgerkrieg kommt", urteilt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Ruprecht Polenz (CDU).[7] Es sei "völlig offen, welche politischen Ziele eigentlich die Rebellen verfolgen", warnt Joachim Hörster (CDU), der Vorsitzende der Parlamentariergruppe für die arabischsprachigen Staaten des Nahen Ostens im Bundestag. Es habe "ziemlich lange gedauert", bis die Aufständischen erklärt hätten, "so etwas wie Demokratie einführen zu wollen", sagt Hörster: Im Übergangsrat gebe es Kreise, "mit denen wir, glaube ich, eigentlich nichts zu tun haben wollen".[8] Selbst der Fortbestand des Staates gilt nicht wirklich als gesichert. Libyen sei ein "Land ohne Zusammenhalt", äußert ein Experte von der Universität Mainz.[9]

Widerstand ausgeschaltet

Davon abgesehen weisen Experten darauf hin, dass der Westen nach dem Umsturz in Tripolis nun freiere Bahn in Afrika habe als zuvor. Libyen sei unter Gaddafi "stets ein Dorn im westlichen Dominanzstreben" gewesen, heißt es in einer aktuellen Studie des German Institute of Global and Area Studies [10]: Mit Gaddafi sei zugleich sein "Kampf für ein vereinigt Afrika und für eine stärkere Durchsetzung afrikanischer Wirtschaftsinteressen ausgeschaltet" worden. Der "libysche Widerstand gegen das US-Militärkommando Afrika/AFRICOM" sei mit dem Umsturz ebenfalls beendet. Dies gilt selbst dann, wenn Libyen tatsächlich im Chaos versinkt: In Zeiten, in denen der Westen in Afrika vor allem gegen China kämpft, muss auf libysche Widerspenstigkeiten keinerlei Rücksicht mehr genommen werden.

Weitere Berichte zur deutschen Libyen-Politik finden Sie hier: [Der Zerfall eines Partnerregimes](#) , [Der Zerfall eines Partnerregimes \(II\)](#) , [Die Fahne der Abhängigkeit](#) , [Auf Partnersuche](#) , [Der erste Alleingang](#) , [Der lachende Dritte](#) , [Abwehr vor Rettung](#) und [Anders als die Amerikaner](#) .

[1] Deutsche Unternehmen schielen auf Libyens Reichtum; www.handelsblatt.com 23.08.2011

[2] Zeitpunkt für Libyen-Rückkehr noch unklar; www.handelsblatt.com 22.08.2011

[3] Wirtschaft wittert gute Geschäfte; www.n-tv.de 22.08.2011

[4] Unlängst wurde Libyen von Kasachstan überholt und war bis zum Kriegsbeginn zweitgrößter außereuropäischer bzw. - zählt man die größten Lieferanten, Russland, Großbritannien und Norwegen hinzu - fünftgrößter Erdöllieferant Deutschlands überhaupt.

[5] Deutsche Wirtschaft hofft auf gute Libyen-Geschäfte; www.greenpeace-magazin.de 23.08.2011

[6] Wirtschaft wittert gute Geschäfte; www.n-tv.de 22.08.2011

[7] CDU-Außenexperte warnt vor Zuständen wie im Irak; www.welt.de 23.08.2011

[8] "Wir wissen nicht, was in Libyen jetzt demnächst stattfindet"; www.dradio.de 22.08.2011

[9] "Es ist ein Land ohne Zusammenhalt"; www.dradio.de 23.08.2011

[10] Hanspeter Mattes: Russland, China und die afrikanischen Staaten: Das Ringen um eine Libyenpolitik, GIGA Focus Nahost 7/2011

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com